Niederschrift

20. Plenarsitzung des Gemeinderates
27. Januar 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 8 der Tagesordnung: Schulkind-Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB):
Punkt 8.1 der Tagesordnung: Festlegung der Lage der täglichen Betreuungszeit im Schulkind-Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB)
Vorlage: 2025/1265
Punkt 8.2 der Tagesordnung: Vertragsbedingungen und Elternentgelte für die Klassenstufe 1 im neuen Schulkind-Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB) in der Übergangsphase im Schuljahr 2026/27
Vorlage: 2025/1264/1

Beschluss:
Punkt 8.1:
Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die im Rahmen der Haushaltsberatungen festgelegte Betreuungszeit von 9 Stunden im Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB) für die Klassenstufe 1 von 7:30 bis 16:30 Uhr schultäglich.

Punkt 8.2:
Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die neuen Vertragsbedingungen und Elternentgelte für die Modulare Schulkindbetreuung und die Ferienbetreuung in Klassenstufe 1 im Rahmen des Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystems (SKiBB) an Karlsruher Grundschulen in der Übergangsphase Schuljahr 2026/27:

1. die Vertragsbedingungen für die Modulare Schulkindbetreuung in Form von Variante 2 laut Anlage 2.

2. die Vertragsbedingungen für die Ferienbetreuung laut Anlage 4.

Abstimmungsergebnis:
Punkt 8.1: Einstimmige Zustimmung (44 Ja)
Punkt 8.2: Einstimmige Zustimmung (42 Ja, 2 Enthaltungen)

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 13. Januar 2026:

Wir haben Ihnen das als neue Vorlage noch einmal ergänzt, um den einen Punkt, der uns zunächst ein bisschen unter die Räder geraten ist. Zur Bedeutung dessen, was wir Ihnen hier vorstellen, spricht jetzt die zuständige Dezernentin, Frau Bürgermeisterin Melchien.

Bürgermeisterin Melchien: Aufbauend auf den Beschluss zur Übergangslösung für das Schulkind-Bildungs- und Betreuungssystem für das Schuljahr 2026/27 hat das Schul- und Sportamt weitere Beschlüsse vorbereitet, die auch entsprechend vorberaten wurden. Die erste Vorlage konkretisiert die Festlegung des Betreuungsumfangs und die Lage der täglichen Betreuungszeit von neun Stunden für die zukünftigen Erstklässler*innen, genauer von 7:30 Uhr bis 16.30 Uhr. Die zweite konkretisiert die vertraglichen Rahmenbedingungen der Schulkindbetreuung für die Schulkinder der ersten Klassenstufe für das nächste Schuljahr.

Beide Vorlagen schaffen den Rahmen und damit auch die formalen Voraussetzungen, um die beschlossenen Betreuungsmodule ab dem nächsten Schuljahr verbindlich umzusetzen und auch ganz klar zu kommunizieren. Ich weiß nicht nur aus meinem persönlichen Umfeld, wie viel Unsicherheit unter der Elternschaft, insbesondere dort, auch verbreitet ist. Bei manchen ist auch gar nicht die Information angekommen, dass wir an Ganztagsgrundschulen für Halbtagskinder auch an dem Modul 12:00 bis 14:00 Uhr, für das Sie sich im Rahmen der Haushaltsberatung entschieden haben, weiterhin festhalten, dass wir das auch anbieten werden. Es ist eben wichtig, dass wir heute ganz klar diese Beschlüsse fassen, um auch noch einmal verstärkt in eine Kommunikation treten zu können.

Ein wichtiger Hinweis, die Vertragsbedingungen listen alle buchbaren Module auf. Buchbar heißt nicht, dass der Platz direkt bestätigt wird. Es wird ein Bedarf angemeldet, die Platzzusage erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Die Anmeldeformalitäten, also welche Module an welcher Schule angeboten werden, werden den Eltern im Anmeldeportal und in der Kommunikation an Eltern über unsere Homepage und weitere Informationsmaterialien kommuniziert. Das Schul- und Sportamt hat noch eine Information zu den Ganztagsgrundschulen ergänzt. Das Modul für Kinder im Ganztagszug an Ganztagsgrundschulen ist als Modul 4 buchbar. Dieses Modul wurde den Vertragsunterlagen noch hinzugefügt. Es umfasst von Montag bis Donnerstag das Zeitfenster von 16:00 bis 16:30 Uhr und an Freitagen das Zeitfenster von 14:00 bis 16:30 Uhr und kostet, wie die anderen Module, 50 Euro im Monat. Die Verwaltung wird für das Schuljahr 2027/28 eine konsistente Entgeltsystematik erarbeiten, sobald die Landesförderung durch eine Verwaltungsvorschrift bekannt gegeben wurde.

Lassen Sie mich noch abschließend ergänzen, ich weiß, das erfordert viele Nerven von Eltern, den Schulen, den Mitarbeiter*innen, von Ihnen als Gemeinderat, herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement. Es ist eine gemeinsame Kraftanstrengung, und ich möchte noch einmal betonen, es ist ein Übergang. Wir halten auch weiterhin an der Zielperspektive von zehn Stunden Betreuungsumfang fest. Das haben wir Ihnen so zugesagt.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Vielen Dank an die Verwaltung für die übersichtliche Vorlage trotz komplexer Rahmenbedingungen. An dieser Stelle möchte ich drei Punkte hervorheben.

Erstens, wir halten grundsätzlich an dem Ziel fest, dass die Ganztagsbetreuung zehn Stunden umfasst. Dass die Umsetzung aktuell nicht möglich ist, können wir nachvollziehen und gehen deshalb die neun Stunden mit einer Betreuungszeit von 7:30 Uhr bis 16:30 Uhr mit.

Zweitens, für Kinder, die bereits heute in der ersten oder einer der folgenden Klassen sind, bleibt die Betreuung im gleichen Umfang wie bisher erhalten. Da der Träger sich geändert hat, müssen aber die Verträge geändert werden.

Drittens, die vorgeschlagene Entgeltstruktur ist eine Übergangslösung, die wir aktuell mittragen können. Im Hinblick auf eine zukünftige, nachhaltige Entgeltstruktur braucht es mehr Beteiligung und mehr Kommunikation. Für manche Familien werden die Entgelte eine zusätzliche Belastung sein, die mitunter schwer zu stemmen ist. Deshalb ist es wichtig, dass wir immer wieder auf die Möglichkeiten im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe hinweisen. Diese Entlastung ist niederschwellig und einfach.

Insgesamt ist die Umsetzung des SKiBB ein sehr dynamischer und sehr herausfordernder Prozess für alle Beteiligten mit noch offenen Fragen. Wir nehmen hier eine sehr agile und zielorientierte Stadtverwaltung wahr, die unter schwierigen Rahmenbedingungen die Bedürfnisse der einzelnen Gruppen im Blick hat, beste Bildung für die Kinder, möglichst viel und gute Betreuung und dennoch eine gewisse Flexibilität für die Eltern. Dafür an dieser Stelle vielen Dank, lassen Sie uns diesen Blick behalten.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die BNN titelte am Samstag: „Die Ganztagsbetreuung wackelt“, auf der ersten Seite. Das hat uns dann noch einmal gezeigt, dass nicht nur wir hier noch kämpfen mit den letzten Regelungen, sondern dass alle anderen Kommunen auch noch schwer am Arbeiten sind und vielerorts auch noch nicht klar ist, wie das Ganze dann ausgeht. Wir erleben leider auch in den Gesprächen, jetzt gerade ganz aktuell mit Eltern und aber auch mit Schulleitungen, dass weiterhin eine sehr große Unsicherheit besteht, was denn jetzt konkret kommt. Aktuell finden jetzt gerade auch für die neuen Erstklässler ab Herbst die ganzen Infoabende statt, jetzt im Vorfeld der Anmeldungen. Und da haben wir jetzt die Rückmeldung bekommen, dass auch gerade die eine oder andere Schulleitung doch sehr unsicher ist, was denn jetzt konkret zur Verfügung steht für ihre Schule, was geplant ist, was vielleicht auch noch ansteht an Umbaumaßnahmen und dergleichen.

Deswegen unterstützen wir auch, Kollegin Sardarabady hat es auch schon gesagt, dass wir hier in die Kommunikation noch intensiver einsteigen müssen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen, weil wir müssen den Eltern jetzt Sicherheit geben. Die Eltern müssen wissen, was auf sie zukommt, die Eltern müssen planen können und sollen natürlich nicht vor Sorge, dass sie an ihrer eigentlichen Grundschule vielleicht nicht das bekommen, was sie brauchen, noch Schulbezirkswechsel beantragen. Und dann haben wir an anderer Stelle wieder zu viele Schüler und müssen wieder Ströme umleiten. Insofern, das ist ein ganz großes Anliegen meiner Fraktion.

Sie wissen, dass wir das ganze Konzept zuletzt sehr kritisch begleitet haben, dass wir auch nicht mit allem einverstanden sind. Wir sind weiterhin der Meinung, dass personell und räumlich das uns noch vor sehr große Probleme stellen wird und wir es auch so nicht umgesetzt bekommen. Aber wir werden heute natürlich den beiden Vorlagen so zustimmen, zum einen bei der Betreuungszeit die Variante 2 ab 7:30 Uhr und natürlich auch die

Entgelte, weil uns einfach wichtig ist, dass wir heute für die Eltern die Klarheit schaffen. Wir werden aber, das sage ich auch ganz offen, das Ganze sehr engmaschig begleiten und auch schauen, wie es läuft, vielleicht auch eine Art Probejahr mal uns anschauen und würden dann auch zu gegebener Zeit noch einmal wieder auf Sie zukommen mit konkreten Vorschlägen, wenn wir da Handlungsbedarf sehen.

Stadträtin Schmid (SPD): Das Stichwort Elternabend ist gerade gefallen bei meiner Vorrednerin. Elternabende sind eigentlich dafür da, dass man danach mehr weiß und nicht, dass man mit noch mehr Fragen nach Hause geht. Und so wie wir hatten in diesem Monat sehr viele Eltern von Schulanfänger*innen ihren ersten Informationsabend, und neben der Schulanmeldung kam sofort die erste große Frage: Wie klappt es denn mit der Betreuung morgens vor dem Schulbeginn und vor allem nach Unterrichtsende? Viele Eltern haben auch mich angesprochen und sogar Schulen und Kitas fragen, was sie denn den Familien verbindlich sagen sollen. Genau das darf meines Erachtens nicht passieren. Also da sind wir hier einhelliger Meinung, vor allen Dingen, wenn Familien sich bald entscheiden müssen, und zwar, Obacht, bis zum 15. März.

Viele Eltern nehmen erst einmal wahr, es gibt einen neuen Namen, SKiBB, es gibt höhere Gebühren und die Sorge, dass Betreuungsplätze knapper werden. Trotzdem sagen wir, unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist dieser Kompromiss vertretbar, denn das Land schafft bei der Finanzierung noch nicht überall Klarheit und fördert nur acht Stunden Betreuung. Karlsruhe ermöglicht neun Stunden als Übergangslösung. Die Stadt übernimmt hier Verantwortung, damit Ganztag im Alltag überhaupt funktioniert. Das ist richtig, das ist sozial, und das ist auch ein wichtiges Signal an die Familien.

Wir als SPD-Fraktion stimmen diesem Schritt zu, aber wir verbinden das mit klaren Erwartungen:

Erstens, es muss bezahlbar bleiben. Der Verweis auf die wirtschaftliche Jugendhilfe, das Bildungs- und Teilhabepaket und den Karlsruher Kinderpass, der muss Eltern auch wirklich erreichen.

Das führt mich zu zweitens. Eltern brauchen klare Infos und proaktive Kommunikation, bevor sie ihr Betreuungsmodell bzw. im Fall von SKiBB ihr Modul buchen sollen.

Und drittens, Schulen und Träger brauchen Planungssicherheit, personell und organisatorisch. Da sind wir auch alle einer Meinung.

Stadtrat Schnell (AfD): So wie das jetzt hier uns vorgelegt wird, können wir zustimmen, zum einen zu der Betreuungszeit, die früher am Tag beginnt, und zum anderen dem 8.2, da jetzt wir wieder eine flexible Nachmittagsbetreuung haben.

Ich möchte dann noch ergänzen, dass wir das endgültige Konzept dann, abhängig von den Finanzmitteln, die uns das Land zur Verfügung stellt, kritisch begleiten werden. Und da werden wir uns noch Gedanken machen müssen, ob wir dem dann, was dann vorliegt und was dann machbar ist, zustimmen können oder nicht, aber für heute Zustimmung.

Stadträtin Döring (KAL): Auch die Karlsruher-Liste-Fraktion wird heute diesen beiden Vorlagen zustimmen. Auch für meine Fraktion ist es wichtig zu betonen, dass die heute

getroffene Entscheidung eine vorläufige Entscheidung ist. Grundsätzlich sind wir uns hier im Haus bei den Zielen relativ einig. Auch wir stehen weiter dafür, dass die Betreuungszeit auf zehn Stunden erweitert werden soll, sobald uns das möglich ist. Wir danken vor allem auch den Elternvertretungen für ihre konstruktive Mitarbeit, die den heute vorliegenden Kompromiss bei den Betreuungszeiten ermöglicht hat. Wir müssen jetzt also sehen, wo die tatsächlich abgefragten Bedarfe liegen, wo wir auch hinsichtlich einer möglicherweise erforderlichen Flexibilität bei den Abholzeiten und der Buchung einzelner Module nachjustieren müssen, denn aus unserer Sicht soll Schulkindern auch weiterhin ermöglicht werden, außerschulischen Aktivitäten nachzugehen, zum Beispiel im Sportverein oder beim Erlernen von Musikinstrumenten. Nicht immer werden sich die Kurszeiten mit starren Abholzeiten verbinden lassen.

Die Ausgestaltung der Betreuungskosten wird uns sicher weiterhin beschäftigen. Gespannt warten wir auf die Finanzierung durch das Land. Und auch wir sehen sehr positiv, dass in den Vertragsbedingungen explizit darauf hingewiesen wird, dass eine finanzielle Unterstützung bei den Betreuungsentgelten möglich ist. Jetzt schon im Februar soll mit der Schulanmeldung und der Abfrage der gewünschten Betreuungszeiten gestartet werden. Vermutlich bekommen wir als Gemeinderat und auch die Verwaltung dann zahlreiche Rückmeldungen aus der Elternschaft, die wir zusammen mit den erhobenen Daten der Schulen dann gegen Ende des Jahres bewerten müssen, um dann zu sehen, wie gehen wir denn dann in das darauffolgende Schuljahr.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich spreche für die FDP, die Freien Wähler und für FÜR Karlsruhe, die drei Fs. Ich habe großen Respekt vor dem, wie die Verwaltung das Ganze angegangen ist. Wir wussten zwar schon ewig, dass das SKiBB kommt, wir wussten das alle, aber keiner wusste, wie es geht. Und plötzlich ist es da.

Jetzt sollte der Umschwung kommen und dann Haushaltskonsolidierung auf der anderen Seite. Dann war die Frage, wie geht es. Die Eltern laufen Sturm für flexible Betreuung. Und eigentlich war das nicht die Absicht der Verwaltung, auf diesen Schwenk einzugehen, aber sie haben es getan, und viele, viele Eltern sind unendlich dankbar dafür. Ich sage für unsere Gruppierungen hier an dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön. Also das war für mich eine Sternstunde von der Verwaltung. Das muss man sich merken und einrahmen, über das Bett hängen. Genau, also wir können gerne Ja sagen zu den Vorschlägen, die gemacht worden sind. Es gibt keinen pädagogischen Grund, die späte Lösung zu nehmen oder die frühe. Also nehmen wir die frühe, weil es mehr Eltern gebrauchen können.

Auch die Gebührensatzung, da müssen wir einfach sehen, wie entwickelt sich das. Wir wissen so wenig von Förderung, von dem, was wir wirklich kriegen. Insofern müssen wir einfach geduldig sein und das Jahr abwarten. Dann werden wir neu miteinander sprechen müssen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir hier zur Abstimmung. Ich rufe auf 8.1, das ist die Festlegung der Lage der täglichen Betreuungszeit, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Ich stelle Einstimmigkeit fest, vielen Dank.

Dann rufe ich auf 8.2, Vertragsbedingungen und Elternentgelte, und bitte auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist Einstimmigkeit, vielen herzlichen Dank, und auch noch einmal viel Erfolg denen, die das Ganze jetzt umsetzen müssen.

Ich glaube, für Verwaltung ist das auch etwas Ungewöhnliches. Wir versprechen was ab Herbst, ohne genau zu wissen, wie das vom Personaleinsatz organisiert wird, wie die Nachfrage ist, wie die Finanzierung durch Land ist. Die Verordnung ist noch nicht da, aber auch durch die Reduzierung auf neun Stunden statt zehn haben wir etwas mehr Spielraum gekriegt, als wenn wir gleich etwas versprochen hätten.

Und auch der Bericht auf Seite 1 der BNN zeigt noch einmal, wie schwierig das Thema ist, weil es wird dann auch Au am Rhein erwähnt und dort eine gebundene Ganztagsschule. Das ist aber genau nicht das Problem, was wir haben, sondern wir haben diese verpflichtete Ganztagsbetreuung an nicht-gebundenen Ganztagsschulen. Also von daher merkt man, da ist es auch von außen durchaus nicht einfach, diese verschiedenen nebeneinanderliegenden Konzepte und Veränderungen wirklich überhaupt zu überblicken. Und dass das die Eltern sehr verunsichert, ist, glaube ich, nachvollziehbar. Wir können ihnen nicht bei jedem Detail von vornherein jede Verunsicherung nehmen. Wir können nur ein Versprechen abgeben und uns bemühen, dass wir das Versprechen einhalten können. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Ich glaube, wir werden auch bei vielen anderen politischen Dingen stärker dazu übergehen müssen, gemeinsame Ziele zu definieren und sie dann sozusagen im Doing zu erreichen und nicht von vornherein immer alles 155-prozentig abzusichern, bevor wir es dann versprechen, denn dann kriegen wir manches, glaube ich, überhaupt nicht mehr hin. Das ist so das, was mir dazu noch einfällt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
20. Februar 2026